

# Bericht Niema Movassat

## Rechtspolitik: Armut bekämpfen statt Arme bestrafen

Ein Schwerpunkt meiner Arbeit bildet der Kampf für die **Entkriminalisierung des Schwarzfahrens**, hierzu gibt es auch einen von mir initiierten Gesetzentwurf. Die meisten Menschen, die beim Schwarzfahren erwischt werden, können sich kein Ticket leisten. Es gibt keine besondere kriminelle Energie und Armut darf keine Straftat sein! Doch müssen Schwarzfahrer\*innen nicht nur eine zivilrechtliche Vertragsstrafe in Höhe von 60 € zahlen (erhöhtes Beförderungsentgelt), sondern können auch strafrechtlich verfolgt werden. Im Strafverfahren werden sie meist zu einer Geldstrafe verurteilt. Wer sie nicht bezahlen kann, muss ins Gefängnis („Ersatzfreiheitsstrafe“). Jährlich sitzen etwa 7.000 Menschen im Gefängnis, weil sie kein Geld für Bus und Bahn hatten. Durch die Entkriminalisierung des Schwarzfahrens wird das verhindert und Schwarzfahren ähnlich wie Falschparken behandelt.

Als zweite parlamentarische Initiative habe ich ein Gesetzentwurf initiiert, der insgesamt die **Ersatzfreiheitsstrafe abschaffen** soll. Denn sie trifft eben nicht nur Schwarzfahrer\*innen, sondern allgemein Menschen, die nicht in der Lage sind, die Geldstrafe zu bezahlen, also meist arm sind. Die Ersatzfreiheitsstrafe ist ein Instrument, welches arme Menschen härter bestraft als Reiche. Das ist nicht nur für die Betroffenen eine große Ungerechtigkeit, sondern kostet eine Menge Geld. Aus einer Kleinen Anfrage, die ich gestellt habe, geht hervor, dass die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe jährlich 200 Millionen Euro kostet. Ein weiteres Thema, welches einen Schwerpunkt meiner Arbeit bilden wird, ist die Einführung eines **Unternehmensstrafrechtes**.



### Parlamentarische Funktionen:

- Obmann im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
- Verfassungspolitischer Sprecher
- Drogenpolitischer Sprecher
- Parlamentarischer Geschäftsführer
- Mitglied im Untersuchungsausschuss Breitscheidplatz/Amri

## Für eine fortschrittliche Drogenpolitik!

Im Bereich Drogenpolitik ist vor allem das Thema **Cannabislegalisierung** zentral. Aktuell ist eine parlamentarische Initiative von uns zur Entkriminalisierung von Cannabis im Verfahren. Es scheint vielversprechend, dass sich im Bereich der Cannabisregulierung in der nächsten Zeit etwas bewegt. Auch auf der Straße ist DIE LINKE beim Thema Cannabislegalisierung präsent.

Mit einem eigenen Paradewagen war ich für die Fraktion auf der Hanfparade mit ihren etwa 9.000 Teilnehmer\*innen vertreten. Auch mit Redebeiträgen bei den Global Marihuana Marches und meiner Teilnahme an vielen verschiedenen fachpolitischen Gesprächen habe ich mich für eine Wende in der Drogenpolitik eingesetzt. Mit einem Antrag zu einem **Tabakwerbeverbot** habe ich die Bundesregierung zur Einhaltung der WHO-Rahmenkonvention aufgefordert. Außerdem habe ich in den vergangenen Monaten verschiedene drogenpolitische Kleine Anfragen an die Bundesregierung gestellt, zuletzt etwa das Thema medizinische Versorgung von intravenösen Drogenkonsumierenden in Haftanstalten.

## Aktiv vor Ort

Im Juli besuchte unser Parteivorsitzender **Bernd Riexinger** zwei Tage meinen Wahlkreis **Oberhausen**. Gemeinsam führten wir eine Veranstaltung "Politik für die Vielen - Gute Arbeit, gutes Leben für alle", in deren Mittelpunkt die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik des Landes stand, durch. Zudem trafen wir uns mit dem Betriebsrat des öffentlichen Verkehrsunternehmens **STOAG**. Es ging um überlange Arbeitszeiten, Leiharbeit und Werkverträge. Die Bedeutung der sozialen Frage wurde im Frühjahr von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Oberhausen noch einmal hervorgehoben, denen ich solidarisch in ihren Tarifauseinandersetzungen zur Seite stand. In **Dinslaken** war ein heißes Thema das Verbot eines kurdischen Festes durch die Stadt. Ich kritisierte, dass die Ablehnung einzig politische Gründe habe und sich die Stadt zum Erfüllungsgehilfen des türkischen Präsidenten Erdogan macht. In **Essen** haben wir am 1. September gemeinsam diskutiert über die im Oktober stattfindende NATO-Konferenz sowie die angedachten Proteste gegen das Joint Air Power Competence Centre.